DR. NINA SCHEER

BUNDESTAGSABGEORDNETE
HERZOGTUM LAUENBURG | STORMARN-SÜD

NEWSLETTER

7/2020

Energiewende-Gespräche - unterwegs in Schleswig-Holstein zu aktuellen Handlungs-bedarfen für eine gelingende Energiewende

Austausch mit Vertretern von Naturschutz-organisationen zur Böschungspflege am Elbe-Lübeck-Kanal

Auf den Wochenmärkten in Lauenburg und Geesthacht zum "Klönschnack vor Ort"

Fortgesetzter Austausch mit Unterzeichner-Innen des Energiewende-Appells

Liebe Leserinnen und Leser,

der vorliegende Newsletter 7/2020 umfasst den Zeitraum vom 7. Juli bis zum 24. August 2020 und damit die parlamentarische Sommerpause. Während dieser Zeit stehen Gespräche im Mittelpunkt, daher widmet sich diese Ausgabe den Austausch-Terminen der letzten Wochen unter anderem zu Fragen der Energiewende, des Klima– und Insektenschutzes, der Fischtreppe in Geesthacht sowie meinem Einsatz zum Erhalt der Postfiliale in Schwarzenbek.

Anregendes Lesen wünscht

Aktuelles und Positionen

Einsatz für die Postfiliale in Schwarzenbek

Mit Schreiben vom 20. Juli 2020 an die Bürgermeisterin der Stadt Schwarzenbek, Ute Borchers-Seelig, hatte die Deutsche Post AG über die im kommenden Jahr bevorstehende Schließung der Filiale der Postbank in der Berliner Str. 7/ Schwarzenbek informiert. Gemäß dem Schreiben soll die zur Postbank gehörige Postfiliale geschlossen und durch eine Partnerfiliale ersetzt werden.

Aufgrund steigender Mieten in den Großstädten und Metropolregionen verlassen immer mehr Menschen die Städte und ziehen in naheliegende Gemeinden. Auch im Kreis Herzogtum Lauenburg, insbesondere im Süden des Kreises, zu dem Schwarzenbek zählt, ist diese Entwicklung deutlich zu spüren. Kreisweit wird mit einem Bevölkerungszuwachs von 2,2 Prozent (im Vergleich zum Jahr 2014) auf dann im Jahr 2030 insgesamt 194.986 Einwohnerinnen und Einwohner gerechnet. Für den Zeitraum 2012 bis 2030 wird dabei speziell für Schwarzenbek ein Anstieg von 5,3 Prozent vorhergesagt (zum Vergleich: in Schleswig-Holstein insgesamt wird mit einem Zuwachs von 2,3 Prozent gerechnet).

Gleichzeitig ist eine altersstrukturelle Veränderung der Bevölkerung erkennbar. Kreisweit steigt der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 23

in 2014 auf 27 Prozent in 2030. Die Einwohneranzahl im jüngeren und mittleren Alter nimmt hingegen erkennbar ab. Im Zeitraum von 2014 bis 2030 sinkt der Anteil der bis 20 Jährigen um 5 Prozent, dies entspricht dann einem Anteil von 18 Prozent an der Gesamtbevölkerung, 2014 waren es 19 Prozent. Der Anteil der 20 bis unter 65 Jahre Jährigen sinkt von insgesamt 58 Prozent (2014) auf dann 55 Prozent (2030).

Mit der benannten Bevölkerungsentwicklung steigt der Bedarf an kürzeren Wegen zu notwendigen Einrichtungen, wie der örtlichen Postfiliale.

Vor dem genannten Hintergrund erwarte ich, dass die Leistungen, die bisher in der Postfiliale erbracht wurden, zumindest erhalten bleiben, wenn nicht gar in Orientierung an steigenden Bedarfen angepasst werden. Aktuell scheint in Schwarzenbek zudem noch keine Partnerfiliale gefunden worden zu sein.

Auch wenn das Angebot der Post, etwa durch Packstationen, in den vergangenen Jahren ausgebaut wurde, und die Digitalisierung immer weiter voranschreitet, bleiben Postfilialen vor Ort von großem Nutzen und Wert. Sie sind bekannte und bewährte Anlaufstellen und vermitteln Versorgungssicherheit.

Zudem erfüllt das Vorhandensein einer Postfiliale in einer Stadt wie Schwarzenbek nicht nur einen staatlichen Versorgungsauftrag. Postfilialen stellen gleichzeitig auch einen zentralen Anlaufpunkt für Bürgerinnen und Bürgern aus den umliegenden Dörfern und Gemeinden dar.

Schwarzenbek mit seinen 16.447 Einwohnerinnen und Einwohnern (Zensus 2018) zählt landesplanerisch zu den Unterzentren und damit zu den 132 zentralen Orten und Stadtrandkernen in Schleswig-Holstein – auch hierdurch wird die herausragende strukturelle Bedeutung offenbar. Eine ersatzweise Partnerfiliale, zumal mit noch unbenannter Verortung, vermag eine Postfiliale vor diesem Hintergrund nicht zu ersetzen, allenfalls zu ergänzen. Hinzu kommt, dass mit dem Weggang der Postbankfiliale Möglichkeiten der umfänglichen persönlichen Beratung, aber auch der Bargeldabhebung (insbesondere an Sonn- und Feiertagen) entfallen.

In diesem Sinne setze ich mich gemeinsam mit der SPD-Ortsvereinsvorsitzenden in Schwarzenbek, Sigrid Binder, für den Erhalt der einer Postfiliale in Schwarzenbek ein und wandte mich sowohl mit einem Schreiben und Verweisen auf die skizzierte urbane Entwicklung der Region als auch telefonisch an das Unternehmen. Hier sagte man eine neuerliche Prüfung zu. Zugleich wurde auf die für die Post AG nicht zu beeinflussende Entscheidung der Postbank verwiesen, die heutigen Räumlichkeiten aufzugeben. Insofern muss es darum gehen, neben weiteren Versuchen für einen

Erhalt des Standortes, zumindest die Leistungen der Post AG für Schwarzenbek zu sichern und auszubauen.

Fischaufstieg am Stauwehr Geesthacht

Seit im Sommer 2019 von Seiten des Wasser- und Schifffahrtsamtes Lauenburg in Verantwortung durch das Bundesverkehrsministerium Baumaßnahmen zur Standsicherung des Geesthachter Wehrs durchgeführt und durch Abriegelung der Rinnen die Lockströmung für die Fische unterbrochen wurde, ist die ökologische Durchgängigkeit der Elbe blockiert.

Hierzu hatte ich über die letzten Monate mit allen Verantwortlichen einen intensiven Austausch; unter anderem vielfachen Schriftwechsel mit dem Bundesverkehrsministerium (*Vgl. meine Pressemitteilung am 26. Juni: „Scheer fordert umgehende Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit am Stauwehr Geesthacht“ unter www.nina-scheer.de/scheer-fordert-umgehende-wiederherstellung-der-oekologischen-durchgaengigkeit-am-stauwehr-geesthacht/).*

Als SPD unterstützen wir vor Ort die Initiative des Aktionsbündnisses „future 4 fishes“, mit der auf die für Wanderfische desaströse Situation hingewiesen wird. Hierzu nahm ich am 28. Juni auch an einem entsprechenden Aufruf am Stauwehr Geesthacht teil. Die Veranstaltung fand unter dem Motto ‘FUTURE 4 FISHES — die Elbe muss passierbar sein’ statt und wurde von NABU, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, BUND und dem Umweltbeirat Geesthacht organisiert.

Im Zuge eines über die vergangenen Wochen intensivierten Austausches vor Ort lud ich am 9. Juli in Geesthacht zu einem Gespräch über die Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit an der Fischaufstiegsanlage ein. An dem Gespräch nahmen die örtliche SPD- Landtagsabgeordnete Kathrin Bockey, das örtliche Aktionsbündnis ‚future for fishes', vertreten durch Heike Kramer, NABU, Jens Gutzmann, NABU, Julian Peemöller, Vorsitzender der SPD-Geesthacht, Lukas Franke, Mitglied der SPD-Ratsfraktion und der JUSOS, Hans-Heinrich Stamer, BUND und Bettina Boll, BUND, sowie Vattenfall, vertreten durch Dr. Markus Weissermel, Roland Friebel und Markus Ruschke und das Wasser- und Schifffahrtsamt Lauenburg, vertreten durch Tilmann Treber und Martin Gellner sowie die Stadt Geesthacht, vertreten durch ihren ersten Stadtrat Dr. Georg Miebach, teil.

Im Ergebnis wurde eine Interimslösung im Wege einer Heberleitung als die nun schnell umzusetzende Maßnahme gesehen, mit der noch vor der ab September erwarteten Fischwanderung die ökologische Durchgängigkeit am Wehr (Nordseite) von Geesthacht wiederhergestellt werden könne. Andere bauliche Maßnahmen kämen von heute aus gesehen für die bevorstehende Fischwanderung zu spät, wenngleich sie zeitgleich weiter zu verfolgen sind, um diese dann der Interimslösung schnellstmöglich baulich anschließen zu können.

Dies griff ich anschließend in einem an das Bundesverkehrsministerium gerichteten Brief auf; es folgten weitere Gespräche. So konnte letztlich ein Durchbruch in der Entscheidung zur Errichtung einer Heberleitung erreicht werden.

Die Notwendigkeit einer Interimslösung stellte das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein (MELUND) Anfang August in einer Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Kathrin Bockey *(Vgl. http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02200/drucksache-19-02299.pdf)* nun allerdings mittelbar in Frage, indem von Seiten des MELUND unterstellt wird, der Fischaufstieg an der Fischaufstiegsanlage bei Geesthacht sei nicht aufgehoben, sondern lediglich eingeschränkt.

So heißt es in der Antwort des MELUND unter anderem: „Die Anlage ist im Vergleich zu anderen Fischaufstiegsanlagen, z. B. an Rhein und Mosel, als überdurchschnittlich groß zu bewerten, und sie verfügt über eine interne Zudotierung von Wasser zur Verbesserung der Leitströmung, um die Auffindbarkeit zu erleichtern. Ferner ist zu beachten, dass aufstiegswillige Wandersalmoniden (und ggf. weitere Fischarten) das Wehr bei bestimmten Wasserständen auch gänzlich ohne Nutzung der Fischaufstiegshilfe direkt überwinden können. Somit stellt das Wehr zumindest für die Arten Lachs und Meerforelle bei bestimmten Konstellationen kein unüberwindbares Hindernis dar.“ An anderer Stelle heißt es widerum: „In welchem Umfang die fehlende externe Lockströmung die Fischwanderungen beeinflusst, kann nicht abschließend beurteilt werden.“ Monitoring-Ergebnisse aus Dessau belegen laut NABU Geesthacht jedoch, dass die erwarteten Wanderfische wie Lachse und Meerforellen im Herbst/Winter 2019 praktisch nicht nachweisbar waren.

Die Antwort des grün geführten Ministeriums ist aus meiner Sicht weder sachlich nachvollziehbar noch zur Wiederherstellung der Lockströmung förderlich. Es wird an verschiedenen Stellen zu verstehen gegeben, dass das Ausmaß der Beeinflussung von Seiten des Ministeriums nicht beurteilt werden kann. Dies ist für sich genommen zwar nachvollziehbar, da seit einigen Jahren kein Monitoring mehr stattfindet. Wenn aber das Ausmaß an Beeinträchtigung aufgrund eines fehlenden Monitorings nicht bewertet werden kann, kann auch nicht unterstellt werden, dass die Fischwanderung nicht gänzlich unterbrochen ist.

Die Antwort des MELUND wirft also mehr Fragen als Antworten auf und widerspricht nicht zuletzt der EU-Wasserrahmenrichtlinie, die zur Herstellung der Durchgängigkeit verpflichtet.

Eigene Veranstaltungen

Online Austausch mit Fridays for Future

Konjunkturmaßnahmen zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie müssen auch genutzt werden, um drängenden Handlungsbedarfen beim Klimaschutz und zur Entwicklung ressourcenschonender Technologien gerecht zu werden, darin waren sich alle Teilnehmenden des Online-Austausches mit Aktivistinnen und Aktivisten von Fridays For Future einig. Erst recht dürften akute Fragen nicht zur Verdrängung der Klima- und Ressourcenschutzaufgaben führen.

Unter anderem wurde das nur wenige Tage zuvor verabschiedete Kohleausstiegsgesetz debattiert. Einigkeit bestand auch darin, dass ein Kohleausstieg – anders als nun gesetzlich vorgesehen – bereits bis 2030 machbar sowie Klimaschutz- und energiewendepolitisch notwendig gewesen wäre. Ich erläuterte hierbei aber auch die nun Dank SPD gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit der Evaluation und vorzuverlegenden Ausstiegsdaten. Ebenfalls SPD-seitig war es gelungen, den Ausstiegsvertrag mit den Kohlekrafwerksbetreibern aus dem Ausstiegsgesetz auszugliedern, um so eine gesonderte parlamentarische Befassung zu ermöglichen.

Um weiterhin im Austausch zu bleiben, einigten wir uns auf ein Folgegespräch in den nächsten Wochen.

Meine persönliche Erklärung zum Kohleausstiegsgesetz findet sich hier:
https://www.nina-scheer.de/persoenliche-erklaerung-kohleausstiegsgesetz/

Fortgesetzter Austausch: Sozialdemokratischer Energiewende-Appel

Mit bis zu 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet fanden die 8., 9. und 10. Energiewende-Austauschrunde (17. Juli, 31. Juli, 13. August) auf Grundlage des von mir 2018 initiierten Energiewende-Appells, vgl. www.energiewende-appell.de statt.

Mit Blick auf die für den Herbst angekündigte Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, EEG, wurden Forderungspunkte zusammengetragen, u.a. heutige Hemmnisse zum Ausbau Erneuerbarer Energien zu beseitigen, darunter Ausbau-Mengenbeschränkungen, Genehmigungshürden beim Bau von Windkraftanlagen, sowie Strompreisbestandteile (Steuern-, Abgaben-, Umlagen) zu reduzieren, um so Speicher und Sektorkopplung verstärkt zu ermöglichen.

Zur Diskussion standen auch Herausforderungen für den Einsatz von Wasserstoff und wie hier Fehlentwicklungen vermieden werden können. So wird etwa die von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier entwickelte Nationale Wasserstoffstrategie insofern kritisiert, als sie den für Wasserstoff bis 2030 benötigten Strom nur zu einem kleinen Teil (14 %) aus Erneuerbaren Energien vorsieht. Dies ist nach Ansicht der Beteiligten weder für heimische Wertschöpfung noch für einen beschleunigten, sektorübergreifenden Umstieg auf Erneuerbare Energien zielführend.

Der sich nun über die Corona-Pandemie eingespielte zweiwöchige Rhythmus von Video-Austauschen soll beibehalten werden und ist für alle interessierten Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Appells geöffnet.

Fortentwickelt wurde auch der schriftliche Austausch über die Online-Plattform "Teams"; hier wurde zum kontinuierlichen Austausch zu verschiedenen Themen - Strom, Wärme, Mobilität, Landwirtschaft, Wärme, Mobilität, Wasserstoff - Rubriken eingerichtet.

Unterwegs im Wahlkreis

„Klönschnack vor Ort“

Unter Einhaltung von Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen geht die deutschlandweite Dialogtour der SPD-Bundestagsfraktion weiter und machte nun auch im Kreis Herzogtum Lauenburg Halt. Am 8. Juli kam ich vor dem roten Bus der Bundestagsfraktion mit vielen Bürgerinnen und Bürgern aus Lauenburg und Geesthacht ins Gespräch.

Dabei waren die angesprochenen Fragen sehr vielfältig: Über die Auswirkungen von Corona etwa auf Fitness-Programme, über den verbreiteten Abmahnmissbrauch von Unternehmen und Vereinen, die Größe des Bundestages bis hin zum Wunsch nach einer höheren Taktung im ÖPNV.

Austausch zu Böschungspflege am Elbe-Lübeck-Kanal

In der letzten Juli-Woche wurden am Elbe-Lübeck-Kanal (ELK) in Höhe von Siebeneichen in Richtung Büchen umfänglich Mulcharbeiten vorgenommen. Von den Arbeiten erfasst wurde zudem auch Röhricht, das in Schleswig-Holstein in einem Untersuchungszeitraum zwischen 1950 und 2006 um knapp 80 Prozent zurück gegangen ist und durch naturschutzrelevante Richtlinien der Europäischen Union und das Bundesnaturschutzgesetz geschützt ist. Durch Mulcharbeiten geht Raum für Insekten in allen Entwicklungsstadien sowie Nahrungsgrundlage und Nistplätze für Vögel (u. a. von Teich- und Schilfrohrsängern) verloren, zumal die benannten Arbeiten innerhalb der sensiblen Brut- und Aufzuchtzeit lagen.

Um die aktuelle Situation in Augenschein zu nehmen und zu bewerten hatte ich zu einem Austausch eingeladen, an dem Vertreter von Naturschutzorganisationen und Kreispolitik teilnahmen. Mit dabei waren Eckhard Kropla und Dr. Peter Aldenhoff, Vorstandsmitglieder des Natur Plus e.V. Panten, Karl-Heinz Weber, 1. Vorsitzender der NABU-Gruppe Büchen, Jürgen Holst, bürgerliches Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion und Mitglied des SPD-Kreisvorstandes sowie Hans-Heinrich Stamer (BUND Herzogtum Lauenburg).

Die Ortsbegehung ließ streckenweise zu beiden Seiten des Deiches mehrere Meter breite Mulch-Streifen erkennen. Selbst unter Abzug eines Streifens zum mittigen Weg entlang des Deiches von ca. einem Meter zu jeder Seite – dieser Streifen war bereits einige Wochen zuvor gemulcht worden und hebt sich durch dunkleres Grün von dem frisch gemulchten Bereich ab.

Kanaluferseite: 3,76 m (Digitales Maßband) Innenseite: 4,38 m (Digitales Maßband)

Außer Frage steht, dass die Pflege des Deiches ein Zurückschneiden des Bewuchses erfordert. Dies erscheint in einer Breite von (max.) einem Meter sachgerecht und angemessen. Die benannten Arbeiten gehen aber weit darüber hinaus. Meines Erachtens steht dies nicht zuletzt in Widerspruch etwa zum Aktionsprogramm Insektenschutz, das die Bundesregierung 2019 verabschiedete und das somit auch für behördliche Maßnahmen entlang von Bundeswasserstraßen zu berücksichtigen ist. Der Erhalt menschlicher Lebensgrundlagen hängt auch von biologischer Vielfalt ab. Der Mensch schadet sich selbst, wenn er dies nicht ernst nimmt.

Bundesseitig werden zudem umfangreich Blühstreifen bzw. Blühwiesen gefördert. Wenn nun andernorts Böschungen weichen müssen, ohne dass sich dies im benannten Umfang rechtfertigen ließe, ist dies kontraproduktiv.

Unter Bezugnahme auf Naturschutzrechtliche Vorgaben wandte ich mich im Nachgang zur Ortsbegehung mit einem Schreiben an das Wasser- und Schifffahrtsamt Lauenburg in dem ich sowohl Ausmaß als auch Ausführung der Maßnahme hinterfrage.

Energiewende-Gesprächsreihe

In Form von fortgesetzten „Energiewende-Gesprächen“ widme ich mich aktuellen energiepolitischen Herausforderungen. Am 11. August besuchte ich vier Unternehmen in Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, die allesamt im Kontext der Energiewende wirtschaften.

Erster Halt der Energiewende-Gespräche war das in Reußenköge ansässige Unternehmen **GP JOULE GmbH**, welches mit der „eFarm“ das aktuell größte Projekt zu Mobilität aus Wasserstoff in Deutschland betreibt. Begleitet wurde ich vom örtlichen SPD-Kreistagsabgeordneten und Langenhorner Bürgermeister Olde Oldsen.

Die sich anschließenden Gespräche fanden auf dem ebenfalls an der Westküste liegenden **Dirkshof** statt. Dieser betreibt heute rund 200 Windräder in nordfriesischen Bürgerwindparks. Auf dem ehemaligen Bauernhof, der heute noch Bio-Getreide und Gemüse anbaut, ließ Inhaber Dirk Ketelsen dort 1989 das erste Windrad zur eigenen Stromerzeugung errichten. Er verwies dabei auf die herausragende Bedeutung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und hieraus resultierenden Ein-

speisevergütungen, das die Entwicklung der Windenergie mit nunmehr weltweiter Ausstrahlungswirkung ermöglichte – unter Beteiligung der Menschen vor Ort. Was mit dem ersten Windrad auf dem eigenen Hof vor über 30 Jahren begann, ermögliche nun zahlreichen Menschen vor Ort Wertschöpfung und Arbeit mit Zukunft.

Windparks mit bis zu 800 beteiligten Personen betreibt die **WEB Windenergieberatung Andresen GmbH**, den ich ebenfalls besuchte.

Zum Abschluss der Energiewende-Gespräche zeigte der **Bürgerwindpark Janneby eG** in Schleswig-Flensburg seine Innovationskraft. So planen die Betreiber den Bau einer E-Tankstelle, um mit der andernfalls abgeregelten Windenergie vor Ort ein bis zwei E-Busse im Öffentlichen Personennahverkehr anzutreiben.

Am 13. August besuchte ich das **Competence Center für Erneuerbare Energien und EnergieEffizienz** (CC4E) der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, für einen Austausch mit dessen Leiter Prof. Dr. Werner Beba. Hierbei ging es auch um die für den Herbst geplante EEG-Novelle 2020.

Zahlreiche Lösungen bietet dabei die strombasierte Sektorkopplung – die Umwandlung von Energie in Form von Strom in andere Energieträger, z.B. Wärme oder Gas. Für die Realisierung der Energiewende arbeitet das CC4E schon seit Jahren an Projekten, die angewandte und praxisnahe Lösungen erproben und erforschen. Jedoch findet dies oft in Form von rechtlichen Experimentierklauseln statt, die nur für die Förderlaufzeit der Projekte gültig sind. Nötig ist jedoch eine systemische Integra-

tion der Ergebnisse in den Rechtsrahmen, um die regulatorischen Voraussetzungen für die Energiewende zu schaffen.

Mit Blick auf die nach 20 Jahren gesetzlich aus der Förderung fallenden Windanlagen muss noch weitergehender als von der Landesregierung geplant der Erhalt bereits erschlossener Flächen für den Ersatz alter Anlagen durch neue, sogenanntes Repowering, sicher gestellt werden. Es kommt Vernichtung von Wertschöpfung sowie verpasstem Klimaschutz gleich, wenn diese Flächen nicht weitestgehend in die neue Regionalplanung übernommen werden. Die sich über Jahre hinziehende neue Regionalplanung samt des durch die Jamaika-Landesregierung künstlich aufrecht erhaltenen Moratoriums hat den Ausbau der Windenergie nahezu komplett zum Erliegen gebracht. Auch wenn es akut Nachsteuerungen für mehr Repowering bedarf, ist eine neue und vollständige Regionalplanung überfällig.

Energiewende und Klimaschutz hängen am beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien. Hier müssen dringend bestehende und über die letzten Jahre gewachsene Blockaden beseitigt werden, wie etwa zu lange Genehmigungsverfahren oder auch jährliche Ausbau-Mengenbeschränkungen. Zudem kann es nicht angehen, weiter an verpflichtenden Ausschreibungen bei Windenergie festzuhalten, wenn weniger als die Hälfte der Ausschreibungsmengen vergeben wird. Über eine gesetzliche Einspeisevergütung bzw. einen gesetzlichen Einspeise-Mindestpreis kann der Ausbau weitaus einfacher und schneller gelingen – auch zugunsten von kleineren Akteuren. Um Speicherung, darunter auch Wasserstoff zur Ablösung von Atom- und Kohlestrom zu integrieren, muss eine Entlastung bei Steuern, Abgaben und Umlagen erreicht werden. Das Energiewende-Pionierland könne über die Herstellung von Wasserstoff nun auch zum Sektorkopplungs- und Verkehrswende-Pionier werden.

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie beweist die Wind- aber auch Solarenergie in Schleswig-Holstein erneut, welche Bedeutung regenerative Energiegewinnung vor Ort auch arbeitsmarktpolitisch hat.

Die Energiewende-Gespräche werden fortgesetzt.

Förderungen

Bund stärkt Ehrenamt in Schwarzenbek

Über das Sonderprogramm „Ehrenamt stärken. Versorgung sichern.“ des Bundes erhält der DRK – Ortsverein Schwarzenbek und Umgebung e.V eine Förderung in Höhe von 7.300 Euro. Die Mittel aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung können in Kürze für die nachbarschaftliche Lebensmittelversorgung abgerufen werden.

Die Corona-Pandemie stellt uns alle vor große Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, diejenigen zu unterstützen, die mit ihrer ehrenamtlichen Leistung einen so wertvollen gesellschaftlichen Beitrag leisten wie der DRK – Ortsverein Schwarzenbek und Umgebung e.V. – und dies unter Corona-Bedingungen, die notwendigerweise zu gesonderten Auflagen und damit einhergehender Mehrarbeit sowie stei-

genden Kosten führen. Daher spreche ich allen Helferinnen und Helfern auch meinen größten Dank für ihre Leistung aus.

Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Tafel Schwarzenbek sind mit großem Einsatz auf Tour und retten dabei qualitativ einwandfreie Lebensmittel vor der Vernichtung, die sie dann im Rahmen der Lebensmittel-Ausgabe an sozial- und wirtschaftlich Benachteiligte verteilen.

Bahnhof Schwarzenbek profitiert vom Sofortprogramm

Als Teil des Konjunkturpaktes hat der Deutsche Bundestag mit Beschlussfassung über den 2. Nachtragshaushalt insgesamt 40 Millionen Euro für ein Sofortprogramm zur Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen bereitgestellt.

Im Sofortprogramm ist auch eine Maßnahme für den Bahnhof Schwarzenbek vorgesehen, die voraussichtlich Kosten in Höhe von 240.000 Euro umfassen wird. Nun gilt es die letzten Abstimmungen mit der DB Station&Service AG erfolgreich zum Abschluss zu bringen, damit eine baldige Umsetzung erfolgen kann. Dies bringt nicht nur neue Aufträge für kleine und mittelständische Handwerksbetriebe, sondern hat gleichzeitig auch klimaschützende Effekte, in dem der Umstieg vom Auto auf die Bahn attraktiver gemacht wird.

Die Maßnahmen werden sich auf die Verkehrssituation beziehen, nicht auf das Empfangsgebäude. Über das Sofortprogramm zur Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen werden u.a. Wand- und Bodenbeläge ausgetauscht, die Reisendeninfo, Barrierefreiheit und Sicherheit erhöht, oder aber auch die Schraffuren an den Bahnsteigkanten erneuert.

120 Mio. Euro KfW-Corona-Hilfe

Um negative Folgen für die Unternehmen durch die Covid-19-Pandemie abzumildern und Arbeitsplätze zu sichern, beschloss der Bund umfangreiche Maßnahmen. Seit Beginn der Hilfen, wie sie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für den Bund vergibt seit dem 23. März 2020 vergibt, konnten bundesweit zehntausende Unternehmen mit Krediten des Bundes im Kampf gegen die Folgen der Pandemie unterstützt werden. Kredite von insgesamt bis 3 Mio. EUR wurden inzwischen weit überwiegend an kleine und mittlere Unternehmen vergeben.

Laut einer von Seiten der KfW übermittelten Übersicht wurden auch zahlreiche Unternehmen aus der Region Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd in einem Gesamtvolumen von inzwischen 119.674.400 Euro im Rahmen der KfW-Corona-Hilfen unterstützt. Zum überwiegenden Teil profitierten hiervon kleine und mittlere Unternehmen. Kredite im Volumen von bis zu 3 Mio. Euro wurden dabei durch Hausbanken geprüft und bei positiver Votierung durch die KfW zugesagt.

Durch kurzfristige Kreditzusagen konnten viele heimische Arbeitsplätze in Unternehmen erhalten werden. Somit trugen auch die schnellen Finanzhilfen dazu bei, die Auswirkungen der Krise einzugrenzen.

Zu den Krediten im Einzelnen (Stand 30.06.2020):

- ERP-Gründerkredit Universell KMU: 20 Unternehmen in Höhe von 3.835.000 EUR
- KfW-Schnellkredit 2020: 56 Unternehmen in Höhe von 16.695.200 EUR
- KfW-Unternehmerkredit: 11 Unternehmen in Höhe von 46.230.000 EUR
- KfW-Unternehmerkredit KMU: 217 Unternehmen in Höhe von 52.914.200 EUR

Über die genannten Programme hinaus beteiligt sich die KfW im Rahmen der Corona-Hilfe an Finanzierungen mit einem Volumen von über 25 Mio. EUR, die nicht auf dem Weg der Bankdurchleitung, sondern im Konsortium mit anderen Banken direkt vergeben werden.

Die immensen Finanzvolumen, die nun aus Steuern aufgebracht werden, müssen uns auch Warnung sein, nun angesichts wieder steigender Infektionszahlen nicht leichtsinnig zu werden. Eine solche gesamtgesellschaftlich zu tragende finanzielle Bürde ist ein Ausnahmezustand, dessen sich jeder und jede Einzelne auch im Alltag bewusst sein muss. Urlaube in Risikogebiete sollten in diesen Zeiten ein absolutes Tabu sein und Abstandhalten und ein Mund-Nasenschutz unter mehreren Menschen eine Selbstverständlichkeit.

Medienspots (Auswahl)

Die Lobby - im Vorraum der Macht | Blick hinter Kulissen und Klischees des Lobbyismus,
Deutschlandfunk, Das Feature, 27. Juli 2020,
vgl.: https://www.ardaudiothek.de/das-feature/im-vorraum-der-macht-die-lobby/78234908

Nina Scheer für Erhalt der Postfiliale in Schwarzenbek,
Lauenburger Online-Zeitung,.24. Juli 2020,
vgl.: https://www.loz-news.de/schwarzenbek/7315-nina-scheer-fuer-erhalt-der-postfiliale-in-schwarzenbek

Für defekte Fischtreppe ist Zwischenlösung in Sicht,
Welt.de,.21. Juli 2020,
vgl.: https://www.welt.de/regionales/hamburg/article211960127/Fuer-defekte-Fischtreppe-ist-Zwischenloesung-in-Sicht.html

Pressemitteilungen

14. August: Scheer: Bahnhof Schwarzenbek profitiert vom Sofortprogramm,
vgl.: https://www.nina-scheer.de/scheer-bahnhof-schwarzenbek-profitiert-vom-sofortprogramm/

14. August: Interimslösung an Fischtreppe nicht in Frage stellen,
vgl.: https://www.nina-scheer.de/interimsloesung-an-fischtreppe-nicht-in-frage-stellen/

13. August: Nina Scheer: Energiewende braucht Abbau von Ausbau-Blockaden,
vgl.: https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-energiewende-braucht-abbau-von-ausbau-blockaden

13. August: Scheer: Bund stärkt Ehrenamt in Schwarzenbek,
vgl.: https://www.nina-scheer.de/scheer-bund-staerkt-ehrenamt-in-schwarzenbek/

8. August: Wegesicherung in Einklang mit Naturschutz bringen,
vgl.: https://www.nina-scheer.de/wegesicherung-in-einklang-mit-naturschutz-bringen/

7. August: Nina Scheer: Örtliche Unternehmen aus der Region erhielten 120 Mio. Euro KfW-Corona-Hilfe,
vgl.: https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-oertliche-unternehmen-aus-der-region-erhielten-120-mio-euro-kfw-corona-hilfe/

24. Juli: Nina Scheer für Erhalt der Postfiliale in Schwarzenbek,
vgl.: https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-fuer-erhalt-der-postfiliale-in-schwarzenbek/

15. Juli: Nina Scheer mit Landes- und Kreispolitik auf Waldbegehung,
vgl.: https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-mit-landes-und-kreispolitik-auf-waldbegehung/

14. Juli: Klönschnack vor Ort: SPD-Bundestagsabgeordnete Nina Scheer in Lauenburg und Geesthacht,
vgl.: https://www.nina-scheer.de/kloenschnack-vor-ort-spd-bundestagsabgeordnete-nina-scheer-in-lauenburg-und-geesthacht/

10. Juli: Fischaufstieg braucht schnelle Lösung,
vgl.: https://www.nina-scheer.de/fischaufstieg-braucht-schnelle-loesung/

Terminhinweise

Podiumsdiskussion des SPD-Kreisverbandes Herzogtum Lauenburg

Klärschlamm - Fluch oder Segen?

Dienstag, 25.8., 19.00 Uhr

Gemeindezentrum Labenz, Schulweg 4, 23898 Labenz

SPD-Geesthacht und Nina Scheer laden ein:

Sicherheitspolitische Online-Diskussion

Gastreferent **Dr. Rolf Mützenich**, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Montag, 14.9., 19.00 Uhr,

Anmeldungen bitte an: nina.scheer@bundestag.de, Zugangslink wird versendet

+++ Save the Date +++

Berlinspiegel

Mittwoch, 23.9., 19.00 Uhr

Ob der parteiinterne Austausch online oder vor Ort stattfindet, möchte ich von den aktuellen Entwicklungen der Covid-19-Pandemie abhängig machen. Ich werde euch rechtzeitig informieren.

Nächste Termine und Veranstaltungshinweise vgl. unter www.nina-scheer.de

Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg
Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht
Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht

SPD

SPD
Fraktion im Bundestag
SPD
Fraktion im Bundestag
Gekommen, um zu hören!
#SPDbthörtzu